Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 136. **Freitag** den 16. Mai 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von 40 cm im Lichten weiten Thonrohrschleußen in den auf dem Areale des Schwägrichen'schen Gartens anzulegenden Straßen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift
„Schleusenherstellung in den Straßen auf dem Areale des Schwägrichen'schen Gartens“
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 30. Mai 1890, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 8. Mai 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 2427. **Straßenbau-Deputation.**

In dem Zeitraume vom 18. Mai bis zum 19. October wird die
Sammlung
der Königl. geologischen Landesuntersuchung
(Thalstraße 35, 2. Etage)
an jedem **Sonntage** von ½11 bis ½1 Uhr dem Publicum geöffnet sein.

In einem neben dem Sammlungssaale gelegenen Studienzimmer sind sämmtliche bisher erschienene Blätter der geologischen Specialkarte von Sachsen nebst den zugehörigen Erläuterungen, sowie sonstige auf den geologischen Bau des Königreichs Sachsen bezügliche Werke behufs ihrer Benutzung von Seiten des Publicums ausgelegt.

Leipzig, den 12. Mai 1890.

Der Director der Königl. geologischen Landesuntersuchung.
Dr. Herm. Credner.

Der Reichstag und die Militairvorlage.

Die Mittwochssitzung des Reichstages hat uns einmal wieder bewiesen, wie geringen praktischen Werth die Friedensversicherungen unserer Nachbarn in Ost und West haben, denn nur durch ihre unausgesetzten, alles Maß überschreitenden Rüstungen sind wir in die Nothwendigkeit versetzt, auch unsererseits zu Vermehrungen unserer Artillerie zu schreiten, die ohne diese Rüstungen wohl noch hätten hinausgeschoben werden können. Die knappen Worte, mit welchen der Kriegsminister Verdy du Vernois die erste Berathung der Vorlage eingeleitet hat, reden eine sehr ernste Sprache, er sagte: Der Schwerpunct der Begründung der Vorlage liegt in der Vermehrung der Präsenzstärke, welche unsere Nachbarn in nicht vorhergesehenem Maße haben eintreten lassen. Unter diesen Verhältnissen ist es unmöglich, die Hände in den Schooß zu legen, wir müssen nachhelfen, wozu wir uns Jahre lang nicht haben entschließen können. Im Uebrigen verweist der Kriegsminister auf die Commissionsberathung, in welcher er die nothwendigen Aufklärungen geben werde.

Darauf ergriff der beinahe 90jährige Feldmarschall Moltke das Wort, um in Kürze ein Bild der gegenwärtigen Lage zu entwerfen. Er trat zunächst der Behauptung entgegen, daß alle militairischen Vorkehrungen nur im Interesse der Besitzenden getroffen werden und daß es die Fürsten seien, welche die Kriege hervorrufen. Die Zeit der Cabinetskriege sei vorüber, heute gebe es nur noch Volkskriege. Der Friede würde bedroht durch die vom Schicksal minder begünstigten Classen und ihre Versuche, durch gewaltsame Maßregeln schnell eine Besserung ihrer Lage zu erreichen, von außerhalb durch Nationalitäts- und Rassebestrebungen, in welchen sich die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden ausdrückt. Die größte Kriegsgefahr aber bilde eine schwache Regierung, welche nicht die Kraft besitze, um den Volksleidenschaften und Parteibestrebungen entgegenzutreten.

Dann schilderte Moltke den Zukunftskrieg. Er werde zwischen Mächten ausbrechen, die besser als je zuvor gerüstet wären, und die nicht in ein oder zwei Feldzügen so niedergeworfen werden könnten, daß sie sich für besiegt erklärten, es könne ein siebenjähriger, ja ein dreißigjähriger Krieg entstehen. Unter solchen Umständen könne die Geldfrage erst in zweiter Linie in Betracht kommen. Eine günstigere Finanzlage hätten wir nur auf Kosten des Friedens erreichen können, bei mangelnden Widerstandsmitteln hätten wir den Feind im Lande, denn lange schon und auch jetzt noch sei es nur das Schwert, welches die Schwerter in der Scheide zurückhalte. Was es heißt, den Feind im Lande zu haben, hätten wir noch im Jahre 1813 gesehen, in welchem ein französischer Marschall, der aus Hamburg abzog, noch zum Abschiede die Hamburger Bank in die Tasche steckte. Nur ein waffenstarkes Deutschland habe es möglich machen können, mit seinen Verbündeten den Bruch des Friedens so lange hinzuhalten. Die Schlußworte der bedeutungsvollen Rede lauteten: „Die friedlichen Versicherungen unserer beiden Nachbarn in Ost und West, während übrigens ihre kriegerischen Vorbereitungen unausgesetzt fortschreiten, sind gewiß sehr werthvoll, aber Sicherheit finden wir nur bei uns selbst“.

Solche Reden werden nur gehalten, wenn dem Frieden Gefahr droht, und eine Vorlage, welche die Errichtung von 70 neuen Batterien verlangt, ist auch nur das Ergebniß einer zwingenden Nothlage, in welche wir durch die Rüstungen unserer Nachbarn gedrängt sind. Das Friedensbedürfniß ist so groß und so allgemein, daß die Organe der öffentlichen Meinung sich seit geraumer Zeit in Bezug auf die Kriegsfrage die größte Zurückhaltung auferlegen. Es ist die Scheu, Beunruhigung zu erzeugen, welche nöthigt, diese Angelegenheit mit Stillschweigen zu übergehen und es Jedem überläßt, sich darüber seine eigenen Gedanken zu machen. Die Kriegsverwaltung und mit ihr die Regierung kann aber solche Rücksichten nicht nehmen, sie müssen dafür sorgen, daß zur Zeit, wo es gilt, auch alles Nöthige vorhanden ist, denn auf ihnen ruht die Verantwortung für das Fehlende.

Ein Blick nach Frankreich belehrt uns darüber, was dort geschehen ist, um den Krieg vorzubereiten. Frankreich verfügt **heute über 480 Batterien** mit 3123 Bespannungen, so vertheilt, daß jedes Armeecorps zwei Artillerie-Regimenter besitzt, von denen jedes vier Abtheilungen zu je drei Batterien hat. **Schon im Frieden haben alle Geschütze Bespannung und die 57 reitenden Batterien außerdem noch Munitionswagen.** Im vorigen Jahre ist die Zahl der Feldartillerie-Officiere um etwa 500 vermehrt worden, um im Kriegsfalle die nöthigen Officiere für die Reservebatterien zur Verfügung zu haben. In Rußland liegen die Verhältnisse ähnlich, **nur geht es mit der Ausführung der beschlossenen Maßregeln langsamer vorwärts.**

Deutschland hat dagegen **nur 364 Batterien, von welchen 77 nur vier bespannte Geschütze haben, die übrigen haben seit dem 1. April 1889 deren sechs. Nach der Errichtung des 16. und 17. Armeecorps haben die übrigen Armeecorps** einen Theil ihrer Batterien an diese abgeben müssen, so daß darunter die Gesammtorganisation gelitten hat. Nach Annahme des gegenwärtig dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurfs würde Deutschland 434 Batterien mit 2381 Bespannungen haben, also immer noch hinter Frankreich beträchtlich zurückstehen. Daß die Kriegsverwaltung trotzdem nur die Vermehrung in der gedachten Höhe beansprucht, dazu hat sie jedenfalls ihre guten Gründe, die sie in der Commission mittheilen wird.

Nach der Rede Moltke's stimmte Eugen Richter einen Ton an, welcher zeigte, daß auch ihm der Ernst der Lage vollkommen bewußt ist. Ihm war der große Eindruck der Rede des berühmten Strategen auf den Reichstag nicht entgangen, und deshalb bemühte er sich, das Kampffeld zu verändern. „Die Sätze des Herrn Grafen Moltke sind vollkommen wahr“, sagte Richter, „und ich kann dieselben bis auf die letzte Silbe unterschreiben. Was aber beweisen sie für die jetzige Vorlage?“ Richter sprach dann von den Unsummen, welche für Militairzwecke bewilligt worden sind, von dem Hinweis des früheren Reichskanzlers auf die Thatsache, daß uns die Nachbarn zwar durch die Zahl der Soldaten, aber nicht im Menschenmaterial überflügeln könnten. Schließlich sah er sich jedoch zu dem Zugeständniß genöthigt, daß er der Letzte sei, der meine, man solle eine Reihe von Jahren warten, bis sich das Mißverhältniß in der Zahl unserer und der französischen Truppen handgreiflich herausgestellt habe, und als Auskunftsmittel schlägt er vor, die allgemeine Wehrpflicht zu erweitern, die Dienstzeit aber zu verkürzen unter Bezugnahme auf den in der bayerischen Kammer laut gewordenen Wunsch nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Diesen Vorschlag lehnte der Kriegsminister sogleich ab durch die Worte: „Wenn eine solche Erleichterung möglich wäre, würden wir sie schon selbst eingeführt haben, ich kann aber versichern, daß es unmöglich ist, in dieser Beziehung irgend ein Zugeständniß zu machen.“

Die Berathung ist am Mittwoch noch nicht zu Ende gekommen und wird heute fortgesetzt werden, aber es hat sich schon aus dem bisherigen Verlauf der Berathung ergeben, daß wir mit Zuversicht die Bewilligung der geforderten Summe erwarten können. Sagte doch Windthorst am Schluß seiner Rede: „Wenn wir alle die Schwere der Militairlast empfinden, so habe ich doch die Ueberzeugung, daß in Deutschland Keiner ist, der nicht die nothwendigen Mittel zur Erhaltung der Unabhängigkeit bewilligen wird. Den auswärtigen Feinden gegenüber giebt es in Deutschland keine Parteien.“

Leipzig, 16. Mai.

* Dem Bundesrathe ist ein Antrag, betreffend Errichtung eines Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I., zugegangen. Wie wir hören, entspricht der Inhalt desselben den Angaben, die schon früher in dieser Beziehung gemacht worden sind. Es handelt sich um einen neuen Wettbewerb zwischen einem engeren Kreis von Bildhauern und um ein Reiterstandbild, das (ohne eigene Architektur) auf der frei zu legenden Schloßfreiheit vor dem Portal des königlichen Schlosses (das den architektonischen Hintergrund bildet) aufgestellt werden soll. Anderen Berichten zufolge wären auch der Pariser Platz und der Platz zwischen Opernhaus und Bibliothek mit ins Auge gefaßt.

* In der Reichstagscommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs betreffend die Gewerbegerichte ist die nationalliberale Fraction durch die Abgg. v. Cuny (Stellvertreter des Vorsitzenden) und Miquel vertreten.

* Daß ein Socialistengesetz oder ein anderer zum Ersatz desselben dienender gesetzgeberischer Vorschlag im Reichstag vorläufig nicht eingebracht wird, kann jetzt als feststehend betrachtet werden. Vom 1. October d. J. an werden sich also die Behörden zur Bekämpfung von Ausschreitungen der socialistischen Bewegung lediglich auf die Maßregeln des ordentlichen Rechts oder, im allerschlimmsten Fall, auf den förmlichen Belagerungszustand angewiesen sehen. Bei dem gegenwärtig ohnehin besonders hochgehenden Fluthen dieser Bewegung, der maßlos gesteigerten Begehrlichkeit und Zuversicht der Socialdemokraten wird man dem plötzlichen Erlöschen eines Gesetzes, das ein Jahrzehnt lang äußere Ausschreitungen ziemlich verhindert hat, nicht ohne einige Besorgnisse entgegensehen können. Die Befreiung von so manchen Fesseln wird ohne Zweifel zu einem neuen Aufschwung der Agitation, zu einer sehr gesteigerten Thätigkeit in Presse, Vereinen und Versammlungen und als nächste praktische Folge zu immer neuen und immer umfangreicheren Lohnkämpfen führen. Für die Arbeitgeber und für Alle, die in einer fortwährenden Beunruhigung unserer gewerblichen Thätigkeit und in einer immer wachsenden Aufstachelung der Begehrlichkeit der Arbeiter ein Unheil erblicken, erwachsen nach dem Erlöschen des Socialistengesetzes Verpflichtungen, deren sie sich unter der Wirksamkeit dieses Gesetzes vielfach entschlagen zu können glaubten. Es gilt einmal, unberechtigten und unerfüllbaren Forderungen der Arbeiter fest und einträchtig entgegenzutreten; was auf diesem Wege erreicht werden kann, hat der 1. Mai gezeigt. Bei dem immer mehr sich befestigenden Bewußtsein der Arbeiter von der Gemeinsamkeit ihrer Interessen muß auch auf der entgegenstehenden Seite in höherem Maße das Gefühl der Solidarität und die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit geschlossenen einträchtigen Vorgehens gegenüber gemeinsamen Gefahren zum Durchbruch kommen. Es gilt aber andererseits auch, alle Anlässe zu berechtigten und begründeten Klagen der Arbeiter möglichst zu beseitigen und gewissenhaft zu prüfen, in wie weit die Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Es gilt, den großartigen socialpolitischen Leistungen des Reichs auch im privaten Gewerbsleben versöhnliche und wohlthätige Maßregeln zur Seite zu stellen, durch vernünftige Belehrung und Aufklärung der Verhetzung und Irreführung entgegenzutreten. Festigkeit und Eintracht auf der einen Seite, praktische Arbeiterfreundlichkeit auf der andern muß in den heftigen socialen Kämpfen unserer Zeit, deren Höhepunct wir schwerlich schon überschritten haben, mehr als je bethätigt werden.

* Der „Hamburger Corresp.“ schreibt: Nach guter Information, die, wie wir ausdrücklich bemerken, weder direct noch indirect von Herrn v. Kusserow stammt, hat letzterer schon im Winter, als Fürst Bismarck noch Reichskanzler war, seinen Rücktritt als Gesandter nach seiner Verheirathung an geeigneter Stelle zur Kenntniß gebracht, und zwar ist dieser Entschluß, sowie die so sehr betonte Wegschaffung seiner Mobilien ausschließlich durch Familien-Angelegenheiten veranlaßt. Herrn v. Kusserow ist seine Entlassung nicht gegeben, sondern er selbst hat sie in freiester Entschließung genommen, und als ein Zeichen fortdauernder Gunst von höchster Stelle ist ihm ein sechswöchentlicher Urlaub für seine Hochzeitsreise und später ein weiterer Urlaub bis zum endgiltigen Rücktritt bewilligt worden. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß Herr v. Kusserow zwar nicht als Gesandter, aber in anderer Stellung später Verwendung im Staatsdienst findet.

* Aus München wird uns vom 14. Mai gemeldet: Im kleinen Saale des katholischen Casinos fand gestern Abend eine vertrauliche Besprechung von katholischen Männern aus angeblich allen Ständen und Berufskreisen statt, welche sich trotz der bestimmten Erklärung des Erzbischofs und seines ganzen Domcapitels nebst vielen hohen, einflußreichen Laien, daß die Abhaltung des deutschen Katholikentages dahier mit Rücksicht auf die durch eine gewisse Sonderpolitik entstandenen unangenehmen Verhältnisse inopportun sei, einstimmig für Abhaltung des deutschen Katholikentages dahier ausgesprochen haben soll. Heute Mittag hatte eine 14gliedrige Deputation den Erzbischof hiervon zu verständigen und ihn — o grenzenlose Bescheidenheit — um seinen Segen zu bitten. Ob sich die Herren mit dieser kühnen Hoffnung nicht verrechnet haben?! Der Erzbischof wird nicht auf einen vom ganzen Domcapitel gebilligten Beschluß ohne dessen Wiedereinvernehmung umstoßen wollen und können, und die feste Ueberzeugung einflußreicher katholischer Laien wird ihm höher stehen als die von der Selbsterhaltung dictirte des „Münchner Fremdenblattes“, das im vollsten Sinne des Wortes für seine Existenz kämpft, wenn es für den Katholikentag eintritt. Die Verfassung der katholischen Kirche ist voll und ganz auf die alleinige Herrschaft des Papstes und die Bischöfe zugeschnitten. In concreto sollen aber auch Laien, statt nur zu gehorchen, die Urtheile und Entscheide katholischer Kirchenfürsten beeinflussen dürfen. Vor den Consequenzen solcher Vorgänge, die allein die Erschütterung der festgegliederten Macht der katholischen Kirche bewirken konnten, diese zu bewahren, dürfte ein Hauptaugenmerk des Erzbischofs sein. Mit seinem Segen wird es daher wohl gute Weile haben. Unter solchen Umständen dürfte der deutsche Katholikentag, falls er doch noch hier abgehalten werden sollte, kaum sehr glänzend verlaufen, der ganzen katholischen Welt dagegen den Beweis liefern, daß in diesem Falle nicht Papst und Bischöfe zum Heile der katholischen Kirche, sondern eine starkengagirte Interessenpolitik die Führung übernommen, um so mehr, als auch der päpstliche Nuntius angewiesen worden sein soll, die Bestrebungen für die Abhaltung des deutschen Katholikentages dahier nicht zu unterstützen. Unter solchen Umständen dürfte die wirkliche Abhaltung des deutschen Katholikentages dahier für die bayerische Staatsregierung kaum ein Unglück und vielleicht für heuer mehr zu wünschen sein, als erst in zwei Jahren. Seine Hauptthematas dürften ohnehin „Jesuiten und Redemptoristen“ sein, für welche die bayerische Staatsregierung kaum die richtige Adresse ist. Deshalb wird man auch heute noch gut thun, die zuversichtlichen Auslassungen einiger Centrumsblätter mit aller Reserve zu behandeln.

* Aus Eisenach wird uns vom 14. Mai gemeldet: Das hiesige deutsch-freisinnige Localblatt hat sich in der letzten Zeit in mehreren Artikeln mit der Freilassung des Rechtsanwalts Dr. Harmening beschäftigt und auch den Entrüstungsartikel der „Frankf. Ztg.“ zum Abdruck gebracht, wonach der Reichstag für die Entlassung Harmening's hätte eintreten müssen. Aber selbst in der Fractionssitzung der freisinnigen Partei hat ein dahin gestellter Antrag kein Entgegenkommen und keine Liebe gefunden. Man hat sich vielmehr dort dahin ausgesprochen, daß eine sofort ins Werk gesetzte Petition der Wähler Eisenachs oder eine Audienz beim Großherzog besseren Erfolg haben werde. Die hiesigen Führer der Deutschfreisinnigen haben sich aber wohl ganz richtig gesagt, daß sie mit einer Petition an den Großherzog bei den Wählern wenig Glück haben würden, denn jetzt will es Niemand gewesen sein, der Dr. Harmening gewählt hat. — Der Wahlvorstand der hiesigen Deutschfreisinnigen hat vielmehr heute an den Reichstag eine Petition abgeschickt und im Namen der „großen Mehrheit der Wählerschaft“ (!) des hiesigen Reichstagswahlkreises gebeten: „Der hohe Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Harmening für die Dauer dieser Session aus der Festungshaft beurlaubt werde.“ Der Petition ist das Ministerialrescript, durch welches die weimarische Regierung dem Dr. Harmening den Urlaub verweigerte, beigefügt worden.

* Während in der vergangenen Legislaturperiode der Abg. Petri-Straßburg als erster und einziger reichsländischer Abgeordneter einer altdeutschen Partei sich anschloß, sind jetzt nach vier seiner Collegen diesem Beispiel gefolgt. Die Abgg. Roeth und Petri sind, jener als Mitglied, dieser als Hospitant, der national-liberalen, Abg. Zorn von Bulach als Hospitant der deutsch-conservativen, Abg. Höffel als Mitglied der Reichspartei, Abg. Hickel als Mitglied der social-demokratischen Fraction beigetreten.

* Die letzten Londoner Telegramme beschäftigen sich fast ausschließlich mit dem Thema der deutschen Colonialpolitik. Von der Mehrzahl der Londoner Blätter wird die Rede des Reichskanzlers v. Caprivi in überaus günstigem Sinne besprochen, was offenbar nicht der Fall wäre, wenn sich gegen die sachliche Correctheit des deutschen Regierungsstandpunctes auch nur das Geringste einwenden ließe. „Morningpost“ lobt den maßvollen, staatsmännischen Charakter der kanzlerischen Kundgebung; ähnlich sprechen sich auch die übrigen leitenden Preßorgane aus, so daß man von diesen Stimmen auf eine analoge Beurtheilung des officiellen deutschen Colonialprogramms in den tonangebenden Kreisen jenseits des Canals schließen darf. Es ist dies ein nicht gering anzuschlagender Fortschritt in der Klärung der Verhältnisse, zumal wenn man erwägt, mit was für hochfliegenden afrikanischen Colonisationsideen die Phantasie des englischen Publicums Jahre lang genährt worden.

* Die in einzelnen Blättern enthaltenen Nachrichten über eine Erkrankung des Prinz-Regenten sind durchaus übertrieben. Der Prinz-Regent wurde Anfang dieses Monats von einer grippenartigen Erkältung, verbunden mit starkem Fieber, ergriffen. Das letztere ist inzwischen vollständig gehoben; im Uebrigen ist eine fortschreitende Reconvalescenz eingetreten.

* Im österreichischen Abgeordnetenhause vertheidigte Minister v. Zaleski die Vorlage betreffs galizischer Grundentlastung vom Stande der Billigkeit und Opportunität und erklärte, man dürfe die Vorlage nicht blos von juristischem, sondern man müsse auch dieselbe von politischem und historischem Standpuncte aus beurtheilen. Das diesbezügliche Uebereinkommen mit dem galizischen Landtage sei dasselbe, welches das Bürger-Ministerium schon projectirte; man müsse jeden Kampf zwischen Reich und Land perhorresciren. Er empfehle deshalb die Vorlage aufs Wärmste.

* Crispi, dessen Stellung durch das jüngste Fiasco des Triumvirats Magliani-Nicotera-Tajani eine wesentliche Stärkung erfahren, hat gestern in der italienischen Deputirtenkammer aus Anlaß der Berathung des Budgets der auswärtigen Angelegenheiten Erklärungen abgegeben, die keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß der Eintritt Italiens in die Tripel-Allianz das Land nicht blos vor der Isolirung bewahrt hat, sondern an erster Stelle Defensivzwecken diene, also nur den Widersachern des Friedens unbequem sein kann. Mit Recht hob der italienische Conseilpräsident hervor, wie die Entwickelung der Streitkräfte des Landes, sowie der neuen Befestigungen einen Theil des Vertheidigungsplanes bilde, der bereits seit dem Jahre 1881 erwogen worden sei. Der Hinweis Crispi's auf das vollkommene Einvernehmen mit England wird jedenfalls im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens mit großer Genugthuung aufgenommen werden. Der Ansturm der Gegner des europäischen Friedensbündnisses jenseits der Alpen richtete sich im Allgemeinen keineswegs gegen die deutsch-italienische Allianz, die vielmehr seit 1866 und dann seit 1870/71 im besten Andenken und Ansehen steht, sondern gegen das Zusammengehen Italiens mit Oesterreich-Ungarn. Um so größere Anerkennung verdient der moralische Muth Crispi's, mit welchem er die Loyalität und die Besonnenheit der österreichischen Regierung in allen die Balkanangelegenheit betreffenden Fragen anerkannte.

Der Kaiser in Königsberg.

* Königsberg i. Pr., 14. Mai. Auf die heute Morgen an der Ehrenpforte gehaltene Ansprache des Oberbürgermeisters erwiderte Se. Majestät der Kaiser mit herzlichstem Dank für den freundlichen Empfang, der ihm zu Theil geworden sei und die soeben gehörten Worte ungefähr wie folgt: Er sei ja mit Kaiser Wilhelm I. auch schon in Königsberg gewesen und wisse aus dessen Munde, wie theuer Ihm die Stadt stets gewesen sei. Sein Großvater habe Ihm oft gesagt, welch' eine Wirkung die Zeit und die Erlebnisse hier im Jahre 1813 auf Ihn gehabt hätten. In dieser Zeit hätten sich Seine Anschauungen und Grundsätze gebildet, die auch für Seine späteren Entschließungen von Einfluß gewesen seien. „Seien Sie versichert,“ fuhr Se. Majestät fort, „daß auch Ich in den Bahnen Meines Großvaters wandeln werde, und daß die Stadt Königsberg in Meinem Herzen stets einen besonderen Platz einnehmen wird.“ Zum Schluß betonte Se. Majestät der Kaiser nochmals, wie wohlthuend Ihm der herzliche Empfang gewesen sei. Auch Ihre Majestät die Kaiserin dankte für die soeben gehörten Worte und reichte dem Oberbürgermeister Selke die Hand zum Kusse.

* Königsberg i. Pr., 14. Mai. Oberbürgermeister Selke erläßt folgende Bekanntmachung: Se. Majestät der Kaiser und König haben mich heute bei dem Empfange auf dem königl. Schlosse in huldvollster Weise zu beauftragen geruht, zur Kenntniß der Bürgerschaft zu bringen, wie sehr die überaus gelungene Ausschmückung der Stadt und die Aufstellungen bei dem Einzuge, namentlich aber die herzliche Begrüßung von allen Seiten Allerhöchstihrem Herzen wohlgethan habe und hierfür den Dank des kaiserlichen Paares auszusprechen.

* Königsberg i. Pr., 14. Mai. Bei der Vorstellung vor Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin nahmen unter Anderen Theil der Bischof von Ermland D. Thiel, der hiesige Propst, der Stellvertreter des General-Superintendenten Consistorialrath Pelka, Oberbürgermeister Selke, Bürgermeister Hoffmann, Commerzienrath Weller, Justizrath Hagen, der Polizeipräsident v. Brandt, der Director der Reichsbankhauptstelle, die Spitzen der Provinzialbehörden, der Kanzler im Königreich Preußen v. Holleben, Landgerichtspräsident Keßler, Geheimer Commerzienrath Schroeter, Commerzienrath Ritzhaupt. Ihre Majestäten unterhielten sich auf's Huldvollste mit den Anwesenden. — Um 6 Uhr fand bei Ihren Majestäten im Schloß ein Diner zu 100 Gedecken statt; dasselbe nahm einen glänzenden Verlauf. Se. Majestät der Kaiser, Allerhöchstwelcher Garde du Corps-Uniform trug, trank auf das Wohl und Gedeihen der Provinz. — Dem Oberbürgermeister Selke ist der Kronenorden II. Classe verliehen worden.

* Königsberg i. Pr., 14. Mai. Die Fahrt nach dem großen Exercierplatze bei Devau zur Parade des 1. Armee-Corps erfolgte seitens der Majestäten vor 11 Uhr durch die Französische und Königsstraße, deren Häuser einen selten reichen Flaggen- und Guirlandenschmuck angelegt hatten. Auch auf dieser Fahrt begleiteten stürmische Jubelrufe, die sich fortdauernd wiederholten, das Allerhöchste Kaiserpaar. Die Parade wurde vom Commandeur der 1. Division, Generallieutenant von Werder commandirt; die Truppen waren in zwei Treffen aufgestellt. Das erste Treffen befehligte der Commandeur der 2. Division Generallieutenant Johr von Freyend, das zweite Treffen der Commandeur der 1. Cavallerie-Brigade, Generalmajor von Below. Es fand ein zweimaliger Vorbeimarsch der Truppen statt. Se. Majestät waren bei Devau zu Pferde gestiegen.

* Königsberg i. Pr., 14. Mai. Auf dem Paradefelde hatten sich auch die Kriegervereine, ca. 1400 Mann stark, unter Führung des Generalmajors z. D. v. Auer aufgestellt, welche Se. Majestät der Kaiser beim Eintreffen auf dem Paradefelde zunächst besichtigte, alsdann erfolgte das Abreiten der Truppenfront. Beim zweiten Truppen-Vorbeimarsch führte Se. Majestät der Kaiser Ihrer Majestät der Kaiserin die Grenadiere des 1. Ostpreußischen Grenadier-Regiments König Friedrich III. Nr. 1 vor. Se. Majestät trug große Generalsuniform und das Band des Schwarzen Adlerordens. Ihre Majestät war schwarz gekleidet und fuhr in vierspänniger Hofequipage mit Spitzreiter. Die Parade im Allgemeinen, wie auch besonders der Vorbeimarsch der Truppen, nahm einen glänzenden Verlauf. Se. Majestät ritten nach Beendigung der Parade zur Fahnen-Compagnie, setzten sich an die Spitze derselben und ritten so zur Stadt zurück, wiederum von unendlichem Jubel der Bevölkerung empfangen und begleitet. Abends 6 Uhr findet im Moskowitersaal ein Galadiner statt, Abends 9 Uhr Damenempfang bei der Kaiserin. Die Studenten bringen einen Fackelzug.

* Königsberg i. Pr., 14. Mai. Se. Majestät der Kaiser hatte bei der Galatafel zur Rechten Ihrer Majestät der Kaiserin an der Stirnseite des mit Blattpflanzen und Blumen aufs Reichste und Prachtvollste geschmückten Saales an der hufeisenförmigen mit herrlichen silbernen Aufsätzen bedeckten Tafel Platz genommen, an welcher auch die Generalität, die Flügeladjutanten und obersten Provinzialbehörden placirt waren. An sieben kleineren Tafeln saßen die Spitzen der Behörden, das Officiercorps etc. Die Tafelmusik gab die Capelle des Grenadier-Regiments König Friedrich III. (Ostpreußisches Nr. 1) unter Leitung des königl. Musik-Dirigenten Ziehn.